



Leitbild des Deutsch-Polnischen Ausschusses

Der Deutsch-Polnische Ausschuss (DPA) ist ein Fachausschuss der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Er ist in die rechtliche Organisation des RGRE eingebunden und agiert entsprechend den Vorgaben der Entscheidungsgremien des RGRE und im Rahmen der jeweils gültigen Satzung. Der Deutsch-Polnische Ausschuss wird auf der Grundlage des Zusammenarbeitsvertrages zwischen der Deutschen Sektion des RGRE und dem polnischen Städteverband (ZMP) aus dem Jahre 1995 gebildet. Diese Vereinbarung wurde 2014 um den Polnischen Landkreistag erweitert. Aufgabe des Ausschusses ist es, die Zusammenarbeit beider Verbände zu koordinieren und kommunale Themen von bilateralem Interesse zu behandeln.

Der deutsche Vorsitzende des Ausschusses ist Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau). Auf polnischer Seite ist der Vorsitzende Piotr Głowski, Stadtpräsident der Stadt Piła. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind Kerstin Seitz, Mitglied des Rates der Landeshauptstadt Hannover, Wolfgang Männer, Vorsitzender des Kreistages des Main-Taunus-Kreises, und Günther Jochem, Mitglied des Magistrats der Stadt Hanau.

Die Fachausschüsse des RGRE diskutieren in ihren jeweiligen Bereichen bestehende Probleme sowie neue Entwicklungen und stellen best-practice Beispiele aus ihren Heimatkommunen vor, um so die inhaltliche Arbeit des RGRE den aktuellen Herausforderungen anzupassen. Die Ausschüsse haben dabei keine politische Außenwirkung, sondern sind politische Arbeitseinheiten, die in ihren jeweiligen Bereichen dem Präsidium des RGRE zuarbeiten.

Polen stellt für die Bundesrepublik einen wichtigen Kooperationspartner dar. Auf kommunaler Ebene besteht eine Vielzahl von unterschiedlichen Partnerschaften und Kooperationsprojekten zwischen den beiden Mitgliedstaaten. Zudem teilen beide Länder eine Zahl von Problemen wie den demographischen Wandel oder den Fachkräftemangel. Der Ausschuss tagt unter ständiger Beteiligung von Gästen aus den Außenhandelskammern, des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., um praxistaugliche Lösungsansätze für diese Probleme zu erarbeiten.

1. Gesellschaftliche und politische Aufgabe

Gerade in Zeiten der Krise ist eine enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den bürgernächsten Einheiten der Mitgliedstaaten unverzichtbar. In der Vergangenheit war die Beziehung zwischen Deutschland und Polen von Kriegen und Auseinandersetzungen geprägt. Heute sind beide Länder in enger Freund- und Partnerschaft verbunden. Die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation zwischen den beiden Mitgliedstaaten floriert. Dies ist nicht zuletzt der stetig wachsenden Anzahl von Kommunalpartnerschaften zwischen den beiden Mitgliedstaaten geschuldet.

Durch Partnerschaften können nicht nur Kooperationsprojekte zwischen den Verwaltungen, sondern auch enge Freundschaften entstehen. Frankreich und Polen stellen allein rund fünfzig Prozent der Partnerkommunen deutscher Städte, Gemeinden und Kreise. Die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen den Mitgliedstaaten ist deshalb so elementar, weil die Bürger vor Ort durch Kooperationen häufig unmittelbar an den Errungenschaften beteiligt werden. Regelmäßig durchgeführte gemeinsame Festlichkeiten, Austauschprojekte und Ausstellungen lassen die Bürger den Kern der europäischen Idee erleben und mitgestalten.

Der Ausschuss zielt darauf ab, das vorhandene Expertenwissen und die gemachten Erfahrungen zu teilen und daraus praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten, die dann wiederum in den Kommunen vor Ort umgesetzt werden können. Daneben sollen auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mitgliedstaaten durch gemeinsame Maßnahmen weiter gestärkt werden.

2. Inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Die Kommunen in Deutschland und Polen verfügen über ein breites Praxiswissen zu den lokalen Gegebenheiten und den vor Ort bestehenden Problemen. Der Ausschuss zielt in seinen Sitzungen darauf ab, dieses Wissen einzusetzen, um gemeinsam Lösungsansätze und best-practice Beispiele vorzustellen und zu erarbeiten, und um in einer engen Kooperation die Zusammenarbeit zwischen den beiden Mitgliedstaaten noch weiter zu verstärken. Die Erfahrungen und das Wissen der kommunalen Vertreter können dabei in vielen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung vielfältiger Probleme leisten.

Der Deutsch-Polnische Ausschuss widmet sich schwerpunktmäßig den folgenden Kernthemen:

- Demographie
- Bildungspolitik
- Einbeziehung strategischer Partner (Wirtschaftsverbände, Tourismusverbände)
- kommunale Verbandsarbeit
- Umgang mit der Vergangenheit (Denkmäler, Kulturstätten)
- kultureller Austausch
- Sport
- Integration

3. Organisatorische Struktur der Arbeit

Der Deutsch-Polnische Ausschuss des RGR hat in seiner Sitzung am 11.2.2014 in Berlin empfohlen, an der bestehenden Mitgliederstruktur festzuhalten, ständige Gäste weiterhin einzubinden und Bürgergruppierungen, Handelskammern und Verbände themenbezogen zu den Sitzungen einzuladen. Bei Sitzungen in gastgebenden Kommunen haben die Gruppierungen vor Ort Besucherstatus und können ihre Projekte vorstellen. Zu den ständigen Gästen gehören u.a. Vertreter des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sowie den Außenhandelskammern.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Landkreistages bereitet in Abstimmung mit den Vorsitzenden die Sitzungen des Ausschusses inhaltlich und organisatorisch vor.